

Positionierung der SPD-Gemeinderatsfraktion zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern

Erdgasausstieg zum jetzigen Zeitpunkt nicht fix terminierbar!

Mit der Ankündigung, sich bis 2035 aus dem Erdgasnetz und der Versorgung von Haushalten und Gewerbe zurückzuziehen, hat die MVV Energie AG eine weitreichende Entscheidung getroffen, die nicht mit den politischen Akteuren, insbesondere dem Mannheimer Gemeinderat, vorab diskutiert und schon gar nicht abgestimmt worden war. Der Ausstieg einer Großstadt aus der Gasversorgung zu diesem festgelegten Zeitpunkt ist aktuell bundesweit einmalig. Die SPD im Mannheimer Gemeinderat vertritt die Auffassung, dass die Stilllegung des Gasnetzes zum jetzigen Zeitpunkt nicht fix terminiert werden darf. Sie hängt zwingend mit den belastbaren, sozial verträglichen Angebotsoptionen für einen Übergang zu alternativen Energieträgern ab, die den Betroffenen gemacht werden können. Insofern halten wir ein Zeitfenster für einen Ausstieg zwischen 2035 und 2040 für realistisch.

Klar ist, dass Erdgas zur Wärmeengewinnung in Deutschland für private Haushalte mittelfristig unerschwinglich teuer werden und als Energieträger nicht mehr zur Verfügung stehen wird. Der europäische Weg in die Energiewende und die Dekarbonisierung ist dafür die regulierende Grundlage. Mannheim hat – mit den Stimmen der SPD – darauf reagiert und der Gemeinderat durch die kommunale Wärmeplanung die Energiewende für die Stadt beschlossen.

Wir sehen die MVV in der Pflicht, noch proaktiver auf die betroffenen Kund*innen zuzugehen, bei der Umstellung auf andere Optionen der Wärmeerzeugung zu unterstützen und Beratungen zu Alternativen sowie erhältlichen Zuschüssen und Fördermöglichkeiten anzubieten.

Weiterhin gehen wir davon aus, dass in den nächsten Jahren die Anstrengungen der MVV weiter intensiviert werden, um noch mehr Haushalten als bisher geplant Fernwärme zur Verfügung zu stellen.

Sozialverträglichkeit gewährleisten!

Damit die Energiewende in Mannheim für alle gelingt, darf sie keine sozialen Schieflagen zur Folge haben. Für Privathaushalte sowie für kleine und mittlere Gewerbetreibende, die im Zuge eines Anschlusses an die Fernwärme oder eine andere Wärmequelle wirtschaftlich bzw. finanziell in besonderem Maße belastet werden, fordern wir einen MVV-Härtefallfonds. Dieser Fonds ist aufzulegen und zu betreiben, bevor der Ausstieg aus der Erdgasversorgung zeitlich fixiert wird. Er soll sich vor allem aus den Abschreibungsgewinnen der MVV speisen, die vonseiten der Bundesnetzagentur für die Stilllegung von Gasnetzen für Netzbetreiber ab 2025 möglich gemacht werden und sich an den Erlösbergrenzen des Gasnetzbetriebs orientieren. Die Definitionen und Kriterien für derlei Härtefälle sollen vonseiten der MVV entwickelt und anschließend dem Gemeinderat vorgestellt und mit ihm beraten werden. Wir erwarten von der MVV die Prüfung einer Wechselprämie für Menschen, die erst in der letzten Zeit in eine Gastherme investiert haben.

Netzanschlussgebühren absenken!

Kaum nachvollziehbar sind für uns die vor kurzem außerordentlich erhöhten Netzanschlusspreise auch für die Fernwärme. Wir halten diese im beschlossenen Ausmaß für nicht hinnehmbar. Laut der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg sind die Erhöhungen selbst mit Blick auf die Zusatzkosten für den Ausbau des Fernwärmenetzes so nicht abbildbar. Die Dekarbonisierung sieht als zentrale Optionen den Anschluss an das Fernwärmenetz oder dezentrale Lösungen in Form von Wärmepumpen vor. Es darf aber keinesfalls sein, dass Kund*innen der MVV erst zum Wechsel aufgefordert und dann durch die drastischen Erhöhungen der

Anschlussgebühren zur Kasse gebeten werden. Hier braucht es Transparenz und Lösungen.

Europäischen Weg weitergehen – Dekarbonisierung Mannheims gemeinsam erreichen – Beschäftigungsperspektiven für das GKM entwickeln und umsetzen!

Wir halten den europäischen Weg für richtig und unterstützen ausdrücklich das Ziel der beschlossenen Dekarbonisierung Mannheims. Die Bekämpfung des Klimawandels und die Diversifizierung unserer Energieversorgung aufgrund der neuen europäischen Sicherheitslage sind dabei die bestimmenden Faktoren, deren Beachtung für uns unausweichlich sind.

Mit der MVV hat die Stadt Mannheim einen aktiven Energieversorger, der schon jetzt mit dem „Mannheimer Modell“ innovativ auf mehr erneuerbare Energien zur Wärmeversorgung reagiert hat und sich strategisch darauf ausrichtet. Dazu gehört auch die geplante Einstellung der Fernwärmeversorgung aus fossilen Energieträgern durch das GKM voraussichtlich im Jahr 2030. Wir erwarten nach wie vor von den Anteilseignern (RWE, EnBW, MVV Energie) und der Stadt Mannheim, dass die kommenden Jahre intensiv dazu genutzt werden, um Beschäftigungsperspektiven über den Stilllegungszeitpunkt hinaus gemeinsam mit den Arbeitnehmer*innen und ihrer Gewerkschaft zu entwickeln und zu realisieren.

Großen Wert legen wir darauf, dass die Energiewende in Mannheim für alle gelingt und damit einhergehend die Anschaffung sowie die dauerhafte Versorgung mit Wärme aus erneuerbaren Energien für alle gleichermaßen erschwinglich bleibt. Dafür setzt sich die SPD-Gemeinderatsfraktion mit Nachdruck ein.

Mannheim, März 2025